

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Band: 69 (1994)

Heft: 12

Rubrik: Blick über die Grenzen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

meisten Bestimmungen sind aus zivilen Polizeivorschriften übernommen.

Nach wie vor hat dem **Schusswaffengebrauch** ein Warnruf voranzugehen, nötigenfalls verstärkt durch ein deutliches Zeichen. Sofern vom Warnruf keine Wirkung zu erwarten ist, ist der Warnschuss erlaubt. Der Warnschuss ist ein Mittel, das in einer eskalierenden Situation geeignet sein kann, den gezielten Schuss zu vermeiden. Mit einem gezielten Schuss darf aber nur die Angriffs- oder Fluchtfähigkeit angestrebt werden. Die Schusswaffe darf nicht eingesetzt werden, wenn unbeteiligte Dritte gefährdet sein könnten. *EMD-Info*

BLICK ÜBER DIE GRENZEN

DEUTSCHLAND

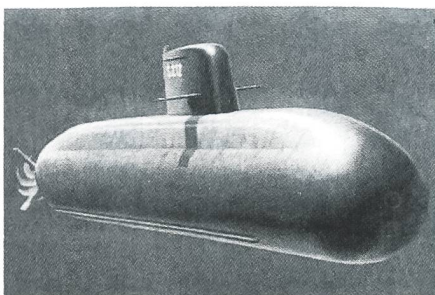
Kontinuität der Sicherheitspolitik

Die bisherige Regierungskoalition unter Bundeskanzler Kohl (CDU) erreichte bei den Bundestagswahlen eine knappe Mehrheit (16.10.). Gemäss den aussen- und sicherheitspolitischen Programmaussagen der CDU/CSU wird die neue Regierung folgende Ziele verfolgen: Uneingeschränkte Mitwirkung am internationalen Krisenmanagement, weitere Stärkung der Atlantischen Allianz, Festigung und Weiterentwicklung der Europäischen Union auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages (*«Die deutsch-französische Freundschaft bleibt dabei Motor der Integration und Schlüsselfaktor europäischer Sicherheit»*) und schliesslich die Reform der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates, die die tiefgreifenden Veränderungen der globalen politischen Konstellation widerspiegelt und durch die auch Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhält.

Die Aussen- und Sicherheitspolitik war im deutschen Wahlkampf – nicht zuletzt dank den klaren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes zu *«Maastricht»* und zu den Bundeswehreinräten im Ausland – zwischen beiden grossen Volksparteien nur ein Randthema. Es ist zu erwarten, dass Kohl sein ganzes Gewicht dorthin legen wird, wo einerseits keine grundsätzliche Konsenssuche mehr nötig ist und andererseits nur der eingeschlagene Weg konsequent weitergegangen werden muss: In Richtung Integration Osteuropas (1996: *«Maastricht II»*) und Wiedererlangung des Weltmachtstatus. *IGV*

U212 wird beschafft

Ein deutsches Werftenkonsortium, die Howaldtswerke Deutsche Werft AG in Kiel und die Thyssen Nordseewerke GmbH in Emden, baut für rund 2,6 Milliarden DM vier neue U-Boote der Klasse 212 für die deutsche Marine. Das Vorhaben, an dem weitere namhafte deutsche Firmen beteiligt sind, sichert sowohl den Technologievorsprung, den die deutsche Industrie auf diesem Gebiet hat, als auch für viele Jahre wertvolle Arbeitsplätze in einer wirtschaftlich sensiblen Region. In den Jahren 2003 bis 2006 erhält die Bundesmarine ein Waffensystem, das sich durch



hohe Kampfkraft, lange Verweildauer unter Wasser und hohen Eigenschutz auszeichnet. An dem Vorhaben sind zu 95 Prozent deutsche Firmen beteiligt, darunter zu etwa 70 Prozent Unternehmen aus den norddeutschen Ländern. Namhafte Firmen bringen als wichtige Unterauftragnehmer ihre Spitzentechnologien ein. So die Siemens AG die Brennstoffzellenmodule und Fahrmotoren, die Firma MTU die Diesellaggregate, die Firma Atlas Elektronik die Sonaranlagen und die Firma Carl Zeiss die Sehrohranlagen. Das Basis-FÜWES wird in Norwegen entwickelt.

Aus Soldat und Technik 8/94



390 Soldatenfriedhöfe in 33 Staaten

Von Albert Ebnöther, Zug

In der Obhut des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e V befinden sich heute 390 Soldatenfriedhöfe in 33 Staaten mit über **1,4 Millionen Kriegstoten**. Fast 13 000 ehrenamtliche und 485 hauptamtliche Mitarbeiter erfüllen die vielfältigen Aufgaben, die sich dem Verein stellen. Aus Anlass des 75jährigen Bestehens dieser humanitären Organisation kam am 9. November 1994 diese Sondermarke an die Posthalter. Der Volksbund betreut Angehörige in Fragen der Kriegsgräberfürsorge, er berät öffentliche



und private Stellen, er unterstützt die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge und fördert die Begegnung junger Menschen an den Ruhestätten der Toten. Mit der Anlage und Erhaltung der Friedhöfe will der Volksbund das Gedenken an die Kriegstoten bewahren. Die Lebenden sollen mit den riesigen Gräberfeldern an die Vergangenheit erinnert und mit den Folgen von Krieg und Gewalt konfrontiert werden.



FRANKREICH

Die Armee als Lehrmeister

Frankreichs Verteidigungsminister Léotard hat Mitte Oktober im Ministerrat Reformen zum Militär- und Zivildienst angekündigt. Das bisherige System wird aber im wesentlichen beibehalten und die neue kürzere Dauer von 10 Monaten für den Waffendienst nicht gekürzt. Und wie schon das Weissbuch zur Verteidigung, das Premierminister Balladur im Februar vorgelegt hat, klarmachte, wird eine kostspielige Umstellung auf eine Berufsarmee, die vor allem von den Gallisten immer wieder gefordert wird, in nächster Zeit nicht erwogen.

Die wichtigste Neuerung betrifft den Ausbau der beruflichen Ausbildung während des Militärdienstes. Die Armee hat schon bisher jungen Rekruten in technischen Dienstzweigen (Genie und Logistik zum Beispiel) zu Diplomen verholfen. Rekruten sollen künftig auf freiwilliger Basis ihren zehnmonatigen Dienst um mindestens vier Monate verlängern und während dieser Zeit eine gezielte Berufsausbildung erhalten können. Der Militärdienst soll gleichzeitig effektiver die Kampf- und Kommandoausbildung sowie die sportlichen Disziplinen verstärken – und nicht zuletzt einer wachsenden Zahl von Analphabeten das Lesen beibringen.



Zehn Prozent Zivildienstler

Der Zivildienst, den gegenwärtig weniger als zehn Prozent der Dienstpflichtigen in sehr unterschiedlichen Funktionen – bei der Polizei, als Entwicklungshelfer oder Sozialhelfer – gewählt haben, soll besser kontrolliert werden, um zu grosse Ungerechtigkeiten und

Begünstigungen zu reduzieren. Seine Dauer – zwischen 16 und 20 Monaten (für Dienstverweigerer) – bleibt unverändert. Entsprechend den Empfehlungen eines Parlamentarierberichts soll der Zivildienst nicht über Gebühr ausgebaut werden. Die in ihrem Bestand reduzierte Armee steht aber vor dem schwierigen Problem, dass sie nur etwa 230 000 Rekruten wirklich benötigt und damit mindestens 60 000 Dienstpflichtige nicht sinnvoll einsetzen kann beziehungsweise auf einen erweiterten Zivildienst verweisen müsste.

Gekürzt aus NZZ Nr 239/94

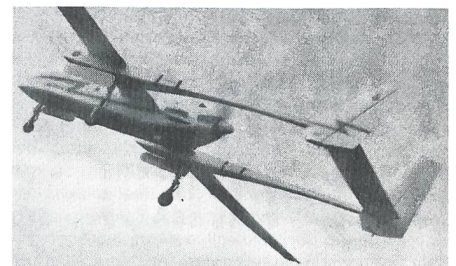


ISRAEL

«Machatz» – ein neues unbemanntes Flugzeug

Von Reuven Assor, Jerusalem

Die israelische Flugzeugindustrie hat ein neues unbemanntes Flugzeug entwickelt, das länger in der Luft bleiben kann als vorher entwickelte Typen. Das *«Machatz»* (*«Stoss»*) wiegt beim Abheben 1100 kg, inklusive Treibstoff und optischer Geräte. Seine totale Länge beträgt 8,5 Meter und die Spannweite seiner Flügel 16,5 Meter. Das Flugzeug kann etwas



mehr als 30 Stunden ununterbrochen fliegen. Dies bis zu 8 km Höhe. Wie die meisten unbemannten Flugzeuge wurde das *«Machatz»* für Nachrichtenzwecke gebaut. Es ist jedoch konzipiert, um auch für Erkundungsflüge auf dem Meer wie auch für Zwecke elektronischer Kriegführung eingesetzt zu werden.



ÖSTERREICH

Demnächst «NATO-Partnerschaft für den Frieden»

Im vergangenen Wahlkampf (das Land wählte seinen Nationalrat am 9. Oktober) erklärte der Bundeskanzler, der sich bis dahin zu diesem Thema eher negativ geäußert hatte, es stehe nun der Mitarbeit Österreichs an der NATO-Initiative *«Partnerschaft für den Frieden»* nichts mehr im Wege, nachdem Österreich sein Ziel mit dem bevorstehenden EU-Beitritt erreicht habe. Anders als die osteuropäischen Staaten betrachte Österreich diese Einrichtung nicht als *«Warterraum»* für eine NATO-Mitgliedschaft. Österreich sei durch seine Zusammenarbeit mit Osteuropa der *«Partnerschaft»* vorausgeeilt. 1995 werde aber das Land *«zur Formalisierung»* dieses Zustandes um einen Beitritt zur *«Partnerschaft»* ansuchen. Eine Teilnahme werde sich analog zu den skandinavischen Staaten voraussichtlich auf Peacekeeping und humanitäre Einsätze konzentrieren. Die **Haltingsänderung des österreichischen Regierungschefs** ist allerdings beachtenswert.

Zur Zusammenarbeit mit der NATO liess Verteidigungsminister Fasslabend offene Worte nicht missen. Die früheren *«Berührungspunkte»* müssten überwunden werden. *«Dort wird es nicht darum gehen, einfach dabei zu sein und nur in Form einer sehr rudimentären Beziehung formal an der «Partnerschaft für den Frieden» teilzunehmen. Sondern auch dort wird es darum gehen, zu einer substantiellen Zusammenarbeit zu kommen, um unsere Sicherheitsinteressen tatsächlich zum Ausdruck zu bringen und umsetzen zu können.»* Für FPÖ-Chef Haider ist die *«Partnerschaft»* in ihrem Schutzzpotential höchst zweifelhaft, weswegen er Österreich lieber gleich in der NATO als Bündnismitglied sehen würde. Das ist wiederum derzeit für den Bundeskanzler nicht vorstellbar. Die NATO sei zwar ein *«zweifelloso effizientes Militärbündnis, sicherlich aber kein Sicherheits-*

stem», erklärte er Mitte September in Wien. Die NATO verfüge, wie Konfliktsituationen zwischen ihren Mitgliedstaaten zeigten, über keinerlei Mechanismen zur friedlichen, nichtmilitärischen Bewältigung von Krisensituationen, meinte der Regierungschef. Kritiker des Kanzlers konnten ihm dabei allerdings nicht ganz folgen. Denn erstens gibt es kein wirkungsvolles kollektives Sicherheitssystem ohne kollektives Verteidigungssystem. Das beweist gerade die ineffiziente KSZE-Organisation oder die handlungsschwache UNO. Darüber hinaus hat gerade die NATO eindeutig bewiesen, dass Konflikte zwischen ihren Mitgliedern nicht zum Krieg führen, wie das Beispiel Griechenland – Türkei zeigt. Zweitens wird die Europäische Union ohne NATO bzw ohne WEU als Teil der NATO kein Sicherheitssystem bilden. Das ist bereits zu erkennen. Ein neuerlicher Richtungsschwenk des sozialdemokratischen Regierungschefs dürfte deshalb erforderlich sein, möchte Österreich nicht am Rande der EU seine Position beziehen, sondern im Kern der Gemeinschaft mitbestimmen. -Rene-



Streben nach WEU-Mitgliedschaft

Anlässlich eines Symposiums zum Thema «Europa ohne Grenzen? – Sicherheitspolitische Aspekte» im September in Wien erklärte der österreichische Verteidigungsminister Werner Fasslabend (ÖVP), dass es notwendig sei, die Vollmitgliedschaft Österreichs bei der Westeuropäischen Union (WEU) ins Auge zu fassen. Die Bundesregierung hat bereits früher klar zum Ausdruck gebracht, dass Österreich unmittelbar mit einem Eintritt zur EU den Beobachterstatus bei der WEU einnehmen wird. Danach solle sich aber das Land «nicht auf die Funktion des Beobachtens beschränken», sondern den zweiten Schritt, nämlich die Erreichung der Vollmitgliedschaft, ins Auge gefasst und zum Ausdruck gebracht haben, erklärte Minister Fasslabend. Seine Regierungskollegen von der sozialdemokratischen Partei sind derzeit aber nur zu einem «Beobachterstatus» zu bewegen. Zu diesem Aspekt befragt, bezeichnete der Generalsekretär der WEU, Willem van Eekelen, es als «nicht wünschenswert», dass EU-Mitglieder in der WEU auf Dauer den Beobachterstatus beibehielten. «Es ist möglich. Es ist ihre souveräne Entscheidung, es zu tun oder nicht. Aber als Generalsekretär der WEU hoffe ich, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch in der Westeuropäischen Union mitmachen werden.»

Auf die Beistandspflicht im Kriegsfall angesprochen, erklärte der WEU-Generalsekretär: «In Maastricht ist vereinbart worden, eine gemeinsame Verteidigungspolitik anzustreben, was natürlich nicht kompatibel mit der Neutralität sein könne.» Kurzfristig sei diese Frage jedoch nicht so wichtig, da es sich vorerst nur um eine «aktive Aussenpolitik handle, die Österreich mitzumachen bereit sei, sagte van Eekelen, doch «langfristig muss Österreich die Neutralität aufgeben». -Rene-



TSCHECHIEN

Wirkung der Hohlladungsgeschosse in Frage gestellt

Die tschechische Rüstungsindustrie bietet jetzt international mit Dyna-72 einen zusätzlichen Schutz für den Kampfpanzer T-72 an. Dabei handelt es sich um die «im Prinzip» bekannte Reaktivpanzerung, die zuerst von der damaligen UdSSR am Kampfpanzer T-80 verwendet wurde und die schlagartig die Wirksamkeit aller Hohlladungsgeschosse zur Panzerabwehr in Frage stellte. Als Folge davon wurden Doppel- und Dreifachhohlladungen entwickelt, deren Einführung jedoch oft noch eine ungelöste Preisfrage ist. Bei Nutzern des T-72 in der «übrigen Welt», aber auch in den ehemaligen WP-Staaten, werden deshalb die potentiellen Kunden für Dyna-72 gesehen. Dieser insgesamt 1500 kg schwere Nachrüstsatz ist für das Basismodell und die Versionen «M» sowie «M1» vorgesehen und schützt vorwiegend die vordere Turmhälfte und die obere Bugplatte der Wanne. Ein zusätzliches Kaufargument könnte auch das schlechte Abschneiden des T-72 im internationalen Vergleich des Golfkrieges sein. Ob daran Dyna-72



allzuviel geändert hätte, darf aber bezweifelt werden, da die Alliierten bekanntlich vorwiegend mit sogenannter DU-Munition (Urankernmunition) durchschlagende Wirkung erzielten.

Aus Soldat und Technik 10/1994



Umrüstung der tschechischen Luftwaffe?

Die tschechische Armee will nach Möglichkeit ihr russisches Waffenarsenal so rasch als möglich durch westliche Waffen und Ausrüstungsgegenstände ersetzen. Primär sollte die Luftwaffe modernisiert werden. Das Oberkommando hätte gern, wenn ihre zehn MiG-29-Bomber aus dem Bestand «verschwinden» würden. Es liebäugelt mit dem Kauf von US-Flugzeugen des Typs F-16 (Jäger). Weil das ehemalige Ostblockland über keine Dollar-Kredite für Waffenkauf verfügt, versucht Prag nun mit Belgien ins Geschäft zu kommen. Die belgische Luftwaffe will nämlich auf die nicht mehr so modernen Jäger-Maschinen des Typs F-16/A verzichten und wäre bereit, diese mit 50 Prozent Abschlag abzugeben. Schwierigkeiten bereitet nur eine Vertragsklausel, wonach Waffen aus US-Arsenal nicht durch ein NATO-Land einem Dritten verkauft werden können. Die Verhandlungen sollen im Gange sein. PG



Linus Reichlin

Kriegsverbrecher Wipf, Eugen

Schweizer in der Waffen-SS, in deutschen Fabriken und an den Schreibtischen des Dritten Reiches

Weltwoche-ABC-Verlag AG, Zürich, 1994

Während des Zweiten Weltkriegs gab es in der Schweiz eine sonderbare und bis heute weitgehend unbekanntes Fluchtbewegung. Fast jede Nacht schlüpfen Männer bei Schaffhausen oder Basel über die Grenze nach Deutschland, ins Dritte Reich. Es waren blutjunge Burschen oder gestandene Offiziere, mehr oder weniger unpolitische Arbeitslose und feurige Anhänger Hitlers, Antibolschewisten, Abenteurer

LITERATUR

Wolfgang Harnack

Zerstörer unter deutscher Flagge 1934 bis 1945

Zweite überarbeitete Auflage, Koehlers Verlagsgesellschaft, D-Herford, 1994

Insgesamt 40 Zerstörer stellte die deutsche Kriegsmarine zwischen 1937 und 1944 in Dienst, zusätzlich wurden zwei Einheiten im Verlaufe des Krieges erbeutet. Bis auf wenige Ausnahmen, so etwa das Gefecht vor Narvik vom 13. 4. 1940, sind die deutschen Zerstöreroperationen jedoch auch dem historisch interessierten Laien weitgehend unbekannt. Dieses Buch widmet sich auf 240 Seiten und 136 Abbildungen ausschliesslich jenem Schiffstyp, der der Flotte als «Mädchen für alles» diente. Dabei wartet es mit einer Fülle von mit akribischer Sorgfalt ermittelten Details auf.

Im ersten Teil ist einerseits die technische Entwicklung der deutschen Zerstörer in allen Einzelheiten wiedergegeben. Andererseits erhält man von allen Schiffen so interessante Informationen wie zum Beispiel, nach wem sie benannt sind, oder wer wann Kommandant der Schiffe und ihrer Verbände war. Im eigentlichen Hauptteil werden die Operationen Tag für Tag in kurzen Abschnitten enzyklopädisch wiedergegeben.

Bereits 1978 ist von Wolfgang Harnack ein Buch mit demselben Titel erschienen. Dank der Öffnung vieler Archive im ehemaligen Ostblock wurden dem Autor seither neue Informationen und neues Material, wie Fotos, Skizzen und Pläne, zugänglich. In der vorliegenden zweiten, überarbeiteten und erweiterten Fassung konnten die Ergebnisse dieser Nachforschungen miteinbezogen werden.

Unter der lexikalischen Fülle von Details leidet naturgemäss die Übersichtlichkeit ein wenig, zumal der

